

IHRE MEINUNG

Alkoholfreies Bier?



Wir haben Sie gefragt: Alkoholfreies Bier bei speziellen Spielen – ist das eine sinnvolle Idee? Zu dieser Frage gingen 200 Stimmen ein. Hier das Resultat:

73% Ja 27% Nein

Beste FCL-Spieler

Wir haben Sie gefragt: Wer war für Sie der beste FCL-Spieler in der Rückrunde? Zu dieser Frage gingen 238 Stimmen ein. Hier das Resultat: 1. Rang: Nelson Ferreira (27%), 2. Rang: João Paiva (22%), 3. Rang: Claudio Lustenberger (12%).

Das Ergebnis zeigt das Verhältnis der eingegangenen Stimmen auf und ist nicht repräsentativ.

Begeisterung über Spiel und Ligaerhalt

Zum Match des FC Luzern gegen FC Lugano am 13. Juni

Mit einer imponierenden und überzeugenden Darbietung schaffte der FC Luzern den Ligaerhalt. Grossen Anteil daran hat Trainer Rolf Fringer, dem es gelang, in einer äusserst kritischen Situation den FC Luzern wieder auf Vordermann zu bringen. Dabei gab er klar und deutlich zu verstehen, dass er als früherer Meistertrainer der Grasshoppers und des FC Aarau auch heikle Phasen, wie sie der FC Luzern hatte, erfolgreich meistern kann. Seine Fachkompetenz und seine sachliche Trainerphilosophie zeichnen ihn weiter aus.

Wichtig für den FC Luzern ist auch, dass Trainer Rolf Fringer auf den eigenen Nachwuchs setzt. Lior Etter und Nico Siegrist sind grosse Talente, die es zu beachten gibt.

FREDDY JAKOBER, SARNEN

Ech säge einfach: Rüdigg, Gratulation em FCL, de Verantwortliche und natürlich allne Fans. Ech has do in Thailand live mitverfolgt und mitgieberet, einfach rüdigg!!!

MIKE BAETTIG, PHUKET, THAILAND

Volk muss sparen. Und die Regierung?

Zu «Markus Dürr: «Eine Seniorenprämie ist angebracht», Ausgabe vom 26. Mai

Herr Regierungsrat Dürr hat die zusätzlichen 50 Franken Krankenkasse-Monatsprämie für die Alten gerechtfertigt, aber die Einladung einer wichtigen Sitzung der Gesundheitsdirektoren in Bern verpasst. Somit ist nur ein Innerschweizer Regierungsrat aus Zug nach Bern gereist, um die Krankenkassentarife zu diskutieren. Bei den verbilligten SBB-Bilketten von alt Bundesräten hätte Herr Dürr neben Blocher konsequent auch Namen wie Egli, Kopp, Felber, Friedrich, Metzler erwähnen sollen, die alle nur vier Jahre oder weniger im Amt waren.

Die Luzerner Regierungsräte präsentieren dem Volk Sparpakete mit dem Slogan: «Wir müssen alle den Gürtel enger schnallen». Und was folgt? Zemp, Fellmann, Meier, Mürner, Fässler, Huber und Dürr treten vorzeitig aus der Regierung zurück, kassieren den halben Regierungsratslohn als Pensionäre ohne graue Haare und nehmen dafür einen noch lukrativeren Posten an. Daraus folgt: Es spielen nicht staatspolitische Gründe und Rochaden eine Rolle bei einem vorzeitigen Rücktritt, sondern parteipolitische Taktiken sowie persönliche und finanzielle Wohltaten.

ANTON LAUBER, ESCHOLZMATT



Eine Glocke tragen hier alle

Diese Kuh und das Eselchen auf der Rigi teilen eine Weide und scheinen sich bestens zu verstehen. Und, klar: Wenn schon die Kühe eine Glocke tragen, braucht das Eselchen auch eine.

LESERBILD HEIDI DUSS-BÜRGI, VITZNAU

Groll über Politik im Gesundheitswesen

Zu den Problemen im Gesundheitswesen und zu «Couchepin erzürnt erneut die Hausärzte», Ausgabe vom 6. Juni

Die unzähligen, gebetsmühlenartigen TV- und Radio-Diskussionen um unser Gesundheitswesen mit den kräftig steigenden Krankenkassenprämien drehen sich stets fast nur um eine Seite der Medaille: die wachsenden Kosten für die Wiederherstellung (= Reparatur) der Gesundheit. Von Gesundheitsförderung hört man praktisch nie etwas. Gesundheitsminister Pascal Couchepin hat in seiner bekannt dünnkelhaften Art Gesundheitsförderung stets belächelt. Jetzt sitzt er am Ende seiner Amtszeit tief in der Tinte und versucht nun – vorzugsweise via hilflose Rundschläge gegen die Allgemeinmediziner/Hausärzte als zentralen Dreh- und Angelpunkt unserer Gesundheitsversorgung – zu retten, was noch zu retten ist. Die Krankenkassenprämien sind im verflorbenen Jahrzehnt kontinuierlich markant gestiegen. Hingegen blieb der Anteil für Gesundheitsförderung ohne jegliche Anpassung auf Fr. 2.40 pro Person und Jahr. Eine Nachbesserung um ein paar Batzen wurde vom zuständigen Departement stets abgeschmettert. Damit bleibt ein ausgewiesenes Sparpotenzial

ungenutzt. Wie lange will und kann man sich diese Politik noch leisten? Es bleibt die Hoffnung, dass bald ein innovativer neuer Gesundheitsminister den echten Stellenwert der Gesundheitsförderung erkennt.

KLAUS FELLMANN, DAGMERSSELLEN, EHEM. PRÄSIDENT
GESUNDHEITSFÖRDERUNG SCHWEIZ

Das Problem ist die Argumentation, die da lautet: «Wer Medikamente verschreibt, verkauft sie nicht.» Auch die Apotheker- und Krankenkassenverbände benutzen es ja gern. Dahinter verbergen sich aber diverse Pferdefüsse und eine üble Unterstellung: Es unterstellt den Ärzten eine unmoralische Verschreibung von Therapien ohne medizinisch korrekte Indikation. Wenn dem wirklich so wäre: Wieso möchte dann die gleiche Behörde die Hausärzte als erste Anlaufstelle bei Beschwerden? Die anderen Pferdefüsse sind mindestens so heftig: Wenn diejenigen, die beraten, nicht verkaufen dürfen, dann dürfte eigentlich der Apotheker ja auch nicht

verkaufen. Denn er empfiehlt ja das Produkt, das er verkaufen will. Er könnte sich ja fälschlicherweise daran bereichern.

Auch verfängt die Argumentation, der Arzt dürfe doch nicht einfach so – als Nebenverdienst – bis zu 100 000 Franken aus dem Medikamentenverkauf verdienen, nicht wirklich. Die Santéuisse verwechselt hier immer Umsatz mit Einkommen. Ausserdem: Wenn die 100 000 Franken der Apotheker im Dorf kriegt statt der Arzt im Dorf: Wo liegt der Unterschied? Für den Apotheker sind es 100 000 Franken mehr (also etwa 5 bis 10 Prozent) als Hauptverdienst, für den Arzt bis zu 30 Prozent seines Einkommens weniger. Das Resultat wird sein,

«Das Resultat wird sein, dass die Apotheke bleibt und der Arzt geht. Und mit Sicherheit werden die Prämien steigen.»

DIETMAR THUMM, MALTERS

Und: Bundesrat Couchepin missachtet den Volkswillen. Allein im Kanton Zürich hat der Souverän dreimal für eine Selbstdispensation gestimmt.

DIETMAR THUMM, MALTERS

Matura: Es braucht andere Lerntypen

Zu «Matura: Gymi-Lehrer schlagen Alarm», Ausgabe vom 3. Juni

Eigentlich könnten wir uns darüber freuen, so viele gebildete, junge Menschen unter uns zu haben! Die Maturitätsquote als solche anzuprangern, greift zu kurz. Ausgehen muss man vielmehr vom Befund von Hans Peter Dreyer, Präsident des Verbands der Schweizer Gymnasiallehrer: «Der Ausbildungsstand der Maturanden ist im Durchschnitt nur zufriedenstellend.»

Aber am Gymnasium werden doch Prüfungen durchgeführt und Noten gemacht! Warum will es nicht gelingen, diejenigen Schülerinnen und Schüler, welche sich für ein Studium offensichtlich nicht eignen, über die Promotionsvorschriften stolpern zu lassen?

Jede Lehrerin, jeder Lehrer kennt den Lerntyp des «Schwamms» (Aufsaugen und Auspressen), der es fertigbringt, für die Prüfung genau so viel zu lernen wie nötig, um das Gelernte am nächsten Tag wieder vergessen zu haben. Entspricht das dem Ideal einer Allgemeinbildung, wie es Wilhelm von Humboldt bereits zu Beginn des 19. Jahrhunderts als Grundlage des Gymnasiums postuliert hat? Warum ist der Lerntyp des

Schwamms am Gymnasium so erfolgreich? Warum bekunden sperrige Charaktere, die alles hinterfragen, oft Mühe, obwohl wir eigentlich genau diese fördern sollten und möchten?

Prüfen kann man nur, was man vorher vermittelt hat. Doch gibt es bei der Vermittlung heute zu viel Abfütterung und zu wenig Anregung zum Selberdenken und -herausfinden. Jedes Fach weist seine spezifische Denkweise auf, ein bestimmtes Vorgehen im Entdecken, Forschen, Schaffen und Kommunizieren. Diese Denkweisen können und müssen gelernt und geübt werden. Die Wirklichkeit sieht aber anders aus: In Mathematik und Physik wird dieses spezifische Denken vorausgesetzt. In den übrigen Fächern hingegen stehen diese Denkweisen gar nicht zur Diskussion; sie werden weder vermittelt noch verlangt.

Das Problem ist von fortschrittlichen Lehrkräften seit langem erkannt; das hat auch dazu geführt, die alte Maturitäts-Anerkennungs-Verordnung (MAV) durch das kompetenzorientierte Maturitäts-Anerkennungs-Reglement (MAR) zu ersetzen, das 1995 in Kraft getreten ist. Die formalen Aspekte des MAR (neue Fächergliederung, Matura-

arbeit) hat man umgesetzt, kaum jedoch die inhaltlichen (problemorientierte Zugänge zu den einzelnen Fächern). Hier wäre anzusetzen.

GUNTRAM STAMM, ESCHOLZMATT

LESERBRIEFE

Neue Adresse für E-Mails

Für Leserbriefe hat unsere Zeitung eine neue E-Mail-Adresse. Sie lautet forum@neue-lz.ch

Wir bitten Leserbrief-Autoren, ihre Texte neu an diese Adresse zu senden. Auch Briefe, die uns per Post zugesandt werden, sind willkommen.

Die Adresse lautet:
Neue Luzerner Zeitung
Redaktion Forum
Postfach
6002 Luzern
Telefax 041 429 51 81

Geben Sie bitte stets Vor- und Nachnamen, Adresse und Telefonnummer an. red

Video muss voll eingesetzt werden

Zu «Vier Schüler brutal verprügelt», Ausgabe vom 9. Juni

Wenn der geneigte Leser diese Schlagzeile liest, kann er nur verwundert, wenn nicht gar resigniert, den Kopf schütteln. Stadträtin Stämmer will trotz zunehmender Brutalität die Videoüberwachung nur gezielt einsetzen. Urs Wigger, Mediensprecher der Kantonspolizei, weist darauf hin, dass die Bereiche Bahnhof, Inseli und Ufeschötti als Brennpunkte bekannt sind. Wenn sich bekannte Brennpunkte nicht für eine Videoüberwachung qualifizieren, frage ich mich, was Frau Stämmer unter gezieltem Einsatz derselben versteht.

PHILIPP GLANZMANN, LUZERN

Genügt denn Stadträtin Ursula Stämmer der überaus brutale Vorfall am 22. Mai beim Inseli noch nicht, dass sie einen flächendeckenden Einsatz von Kameras als für nicht sinnvoll hält? Müssen denn weitere und noch schlimmere, brutalste Überfälle geschehen, bis man zu Einsicht kommt, dass sie – leider – notwendig sind?

Die Jugendgewalt ist am Zunehmen. Deshalb braucht es noch mehr Schutzmassnahmen. Eine Touristenstadt braucht Sicherheit!

MARLIS WECHSLER-TOSCANI, LUZERN

Steuernomaden ärgern auch Rechte

Zu «Kanton Zug: Immobilien für Reiche sind rar», Ausgabe vom 10. Juni

Die reichen Ausländer scheinen sich alles leisten zu können. Jeglichen Luxus im Überfluss, Geld scheint bei Luxusliegenschaften der Premiumklasse, Butler und Rolls-Royce überhaupt keine Rolle zu spielen. Leider reicht es dann scheinbar aber nicht mehr dafür, gerechte und angemessene Steuern wie wir Schweizer zu bezahlen. Oder ist es nur Gier und Geiz?

Der Spruch betreffend den Neid der Linken und das Wasser auf die Mühlen sozialistischer Umverteilungspolitik löst keine Probleme. Die Politiker wären wohl mehr als überrascht, wie weit in die rechts denkende Bevölkerung die Wut über diese Abzockermoralität vordringen ist, welche der Weltbevölkerung die grösste Wirtschaftskrise aller Zeiten eingebracht hat. Es gibt übrigens auch reiche Schweizer, die dem Staat die ihrer Leistungsfähigkeit entsprechenden Steuern bezahlen und die ungerechte Steuermoral dieser ausländischen Steuernomaden verurteilen.

PETER STREBEL, HERGISWIL

Für eine Sitzung im Bahnhof

Zu «Sondersession Tiefbahnhof: Bahnhof taugt nicht als Ratssaal», Ausgabe vom 13. Juni

Schade, dass sich die Geschäftsleitung des Kantonsrates eine Sondersession im Bahnhof nicht vorstellen kann. Das wäre bestes und erst noch günstiges Marketing für die Luzerner Politik und für das Projekt Tiefbahnhof Luzern. Sicherheitsbedenken können nicht im Ernst als Argument gelten: Dann müsste man auch jedes grosse Schwingfest, das Sechseckläuten und die letzten Landsgemeinden sofort abschaffen. Ich gehe auch davon aus, dass die Kosten kein taugliches Argument sind – wie teuer wäre denn diese Sondersession im Bahnhof zu stehen gekommen? Sicher weniger teuer als eine Bahnfahrt im «Roten Pfeil» nach Bern und zurück, wie von Adrian Borgula vorgeschlagen. Diese Idee der Fahrt nach Bern wurde ja auch schon einmal realisiert und wird daher nicht die gleiche Ausstrahlung haben wie eine Sondersession im Bahnhof.

Es geht um das Projekt für die Zentralschweiz, welches es wert ist, in der ganzen Schweiz gebührend wahrgenommen zu werden. Anstelle der Bahnhofhalle könnte in einem der Säle im Bahnhofareal getagt werden. Ich fordere die Geschäftsleitung des Kantonsrates auf, noch einmal über die Bücher zu gehen. Zeit zum Organisieren bleibt genug bis zum September.

PETER BUCHER,

MITGLIED DES CO-PRÄSIDIUMS KOMITEE TIEFBAHNHOF, LUZERN